

# Prozess gegen den Genossen Maslow

## Anklagerede des Genossen Maslow

gemeinsame Wirkungen. Ihre Ursachen sind die Folgen des Damesplanes, dessen zweites Jahr unter größten Schwierigkeiten, unter dem Zeichen einer wachsenden Kredit- und Wirtschaftskrise glunt. Ihre Wirkung ist die Rebellion breiter Massen des Proletariats und der Mittelschichten gegen die Dames-Kassen und gegen die Regierung der Bourgeoisie, die alle Bürden der Steuern, der Schulden und der Leisurung auf die Werttätigen abwälzt.

Die erwähnten vier Tatsachen sind vier Signale für den Aufmarsch großer Volksmassen zum Klassenkampf gegen das Dames-Regime.

Sechs Austritt aus der Deutschnationalen Partei verkörpert die Unzufriedenheit und den Grimm von Millionen betrogener Aufwertungsgläubiger.

Witths Austritt aus der Zentrumsfraktion bedeutet den Haß und das langsame aufstrebende Klassenbewußtsein von Millionen christlicher Gewerkschafter und Mittelständler, die das Passieren ihrer Partei mit der sozialistischen Reichsregierung nicht länger dulden.

Noch wichtiger sind die Vorgänge in den freien Gewerkschaften.

Der „Vorwärts“ berichtet, daß der Breslauer Gewerkschafts-Kongress die Resolution für den Kampf um den Achtstundentag gegen die Stimmen der Gruppe „Dihmann“ angenommen hat. Gleichzeitig spielte sich hinter den Kulissen ein Kampf um die Steuer- und Lohnfragen Berliner Metallarbeiter ab, der allerdings mit dem völligen Rückzug der Ziska und Ulrich von der reaktionären Führerschaft endete. Ueber diesen Zwischenfall werden die Berliner Metallarbeiter zu urteilen haben. Entscheidend ist aber die Tatsache, daß sogar auf diesem Kongress Gegenstände ausbrachen. Gegenstände zwischen Amsterdamer und Amsterdamer; denn, wir Kommunisten sind infolge des reaktionären Wahlbetruges und infolge unserer eigenen Fehler auf dem Breslauer Kongress einflußlos. Es zeigt die ganze elementare Gewalt des Klassenkampfes, daß selbst auf diesem Kongress der siebenmal gelebt ist, auf dem alle kommunistischen Anträge niedergestimmt werden, offene Gegenstände austauschen. Gegenstände zwischen Führern und Führern. Gegenstände in den brennendsten Lebensfragen des proletarischen Kampfes: der Forderung der Steuerfrage, der Frage des Achtstundentages. Hinter diesen Gegenständen steht der viel größere Konflikt zwischen der heutigen Politik des ADGB, Vorstands und den Klasseninteressen der Millionen freigewerkschaftlicher Arbeiter Deutschlands. Keine Hecke, keine Verleumdung, keine Schiedung der Welt kann diesen Konflikt auf die Dauer erlösen. Diesmal waren die Reformisten noch unter sich, sie konnten noch einmal den Willen der organisierten Arbeiter vergewaltigen. Aber das nächste Mal, und nicht nur auf dem nächsten Gewerkschaftskongress, sondern in allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen, überall werden die Kommunisten da sein. Nicht um zu „spalten“, nicht um „auszunutzen“, nicht um zu „entlarven“, sondern um den Kampf für die Interessen der Arbeiter Durchbruch zu verschaffen. Gerade das, werte Feinde, ist der Sinn unserer politischen Umstellung, die euch so rätselhaft erscheint.

Und nicht nur die Arbeiter in den freien Gewerkschaften, sondern auch alle ehrlichen Arbeiter unter den acht-hunderttausend Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei sind unsere Brüder, zu denen wir Kommunisten als Klassenbrüder sprechen, mit denen wir als Klassenbrüder gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen und werden. Die Reife der Arbeiterdelegation, die Haltung ihrer sozialdemokratischen Mitglieder in Sowjetrußland, ihr Empfang nach der Rückkehr durch die deutschen Arbeiter ist der beste Beweis dafür, daß auch hier ein Umkehrpunkt beginnt. Der geistige „Vorwärts“ beschimpft die Sozialdemokraten, die angesichts des Sieges der russischen Arbeiterklasse ihr eigenes Klassenbewußtsein wiederfinden, als „Simpel“. Der „Vorwärts“ möge fortfahren, seine eigenen Parteigenossen mit Hohn und Verachtung zu behandeln, weil sie als einfache Arbeiter die Wahrheit über Sowjetrußland erkennen und aussprechen. Weiter so, und wir werden nach gar nicht langer Zeit leben, wozu dankbar ist: die sozialdemokratischen Führer oder der Kommunismus.

Die klügsten Politiker der Bourgeoisie schägen unsere Wendung richtig ein. Wir ändern unseren Kurs im Zusammenhang mit der veränderten politischen Lage in Deutschland, mit der sich herausbildenden Neugruppierung der revolutionären Kräfte.

Nicht um Personen geht es, sondern um die Klasse.

Nicht Welt ist wichtig, sondern die Werttätigen, die gegen den Damesplan rebellieren.

Nicht Wirtschaft ist wichtig, sondern die christlichen Arbeiter, die gegen Regierung und Unternehmertum kämpfen wollen.

Nicht Dihmann ist wichtig, sondern die vier-millionenstärkige Arbeitermasse der freien Gewerkschaften, die gegen Steuern und Zölle, für Achtstundentag und bessere Löhne kämpfen will und in diesem zweiten Dames-Winter mächtige Bewegungen einleiten wird.

Und auch in unseren eigenen Reihen: nicht die Fehler einzelner Personen, die von der Komintern und der Partei zu Recht verurteilt wurden, sind das Entscheidende, sondern die Veränderung unseres Verhältnisses zur gewaltigen Mehrheit der Arbeiterklasse.

Durch den Brief der Exekutive, durch alle ihre neuen Beschlüsse ruft die kommunistische Partei Deutschlands allen ihren Führern zu: Reißt die Dämme nieder, die uns von den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern trennen! Arbeitet in den Betrieben zehnmal mehr, zehnmal bewußter, zehnmal entschlossener als bisher, um alles Gesunde und Kräftige, alles Wertvolle in der deutschen Arbeiterklasse zur entscheidenden Einheitsfront gegen die Bourgeoisie zu sammeln.

Reißt die Dämme nieder! Das rufen wir allen acht-millionen Arbeiter in den Gewerkschaften und in der SPD zu.

Die „Vorien-Zeitung“ erblickt in unserer taktischen Wendung und im Stimmungsumschwung der sozialdemokratischen Arbeiter die Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, den Neuaufmarsch zu Klassenkampf und Umsturz.

Die deutsche Arbeiterklasse soll sie nicht tägen strafen.

### Die nächste „Annette“

Die nächste Regierung hat ein Kageley über die Annette nun veröffentlicht. Das Gesetz fällt im Rahmen der Reichsgesetzgebung. Das kommt eine Verordnung über Strafbuß.

Wir werden morgen diese Dinge zur Diskussion bringen.

Am 1. September begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Prozeß gegen die Genossen Maslow, Groszowicz, Schlecht und Schumacher. Vor dem Reichsgericht befinden sich die üblichen Schuppelkisten. Als das Auto mit dem inhaftierten Genossen Maslow hält, winkten Proletarier, die zur Verhandlung gehen, dem aussteigenden Genossen Maslow einen fröhlichen Gruß zu. Im Saale selbst haben zahlreiche Vertreter der bürgerlichen Presse Platz genommen. Das Gericht läßt lange auf sich warten. Die angeklagten Genossen unterhalten sich lange lebhaft mit ihren Verteidigern. Nach halbständiger Verspätung erscheint das Gericht.

Der Vorsitzende Lorenz eröffnet die Verhandlung und gibt keine Disposition dahingehend bekannt, daß vor Erörterung der Frage der Annette in die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten eingegangen werden soll. Für die Angeklagten erstarrt sich Dr. Rosenfeld mit dieser Disposition einverstanden. Die Angeklagten Genossen werden hierauf zur Verlesung vernommen.

Der Vorsitzende trägt Daten über die Person Maslows vor: geboren 1891 in Rußland, Student der Naturwissenschaften in Petersburg, russischer Staatsangehöriger, vorbestraft in Deutschland wegen Belägen eines jüdischen Vasse. Maslow erklärt, daß er im Zusammenhang mit seinen Neigungen, die zur Anklage notwendigen biographischen Angaben machen wird. Der Vorsitzende gibt den Inhalt der Anklage wieder und stellt Maslow in den Mittelpunkt: Er stand auf dem linken Flügel der Partei, er wurde vom Exekutivkomitee zur Einleitung von Aktionen nach Deutschland geschickt, er schrieb im Gefängnis die internationalistische Broschüre, die Lehre von der russischen Revolution als Leitfadens für die deutsche Partei, um aus der demokratischen Republik eine Arbeiterrepublik zu machen.

Genosse Maslow hält dann eine grandangelegte Rede. Einleitend vergleicht er den heutigen Prozeß mit dem Hochverratsprozeß gegen Wilhelm Pieblich am 2. August 1872. Wie damals dieser Prozeß geführt wurde, nicht wegen bestimmter Handlungen, sondern wegen bestimmter Anschauungen, wegen sozialistischer Gesinnung, so werden heute Kommunisten angeklagt wegen derselben Anschauung, wegen des kommunistischen Manifestes, des Verbots und Fehls am damals verteidigten.

Wie damals Verbots und Fehls die Lehren des Prozeßes aufzuleisten, eine große Partei zu informieren, wobei freilich das Gegenteil erreicht wurde, muß auch in diesem Prozeß die angebliche Voraussetzungslosigkeit unterstellt werden, mit der die Mitglieder des Staatsgerichtshofes der Anklage gegenüberstehen. Genosse Maslow weist auf, daß sämtliche Richter politische Gegner sind, denen in der Anklage ein Zerrbild von dem gemalt worden ist, was die Kommunisten wirklich sind: die Vertreter der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiterklasse.

„Was ich Ihnen sage“, so erklärte Genosse Maslow hierbei, „sage ich nicht als Privatperson, die mit Kerkerstrafe bedroht ist. Was ich sagen habe, das ist meine Sache, aber nicht für irgendwelche Taten, sondern für meine Grundsätze, die Grundsätze der Kommintern, der kommunistischen Partei, der marxistischen Weltanschauung, die ich vertreten habe und vertreten werde. Wenn ich dafür eingesperrt werde, so ist das eine Sache, die man als Kommunist tragen muß. Das hier aber auf Kredit bestrast werden sollen für Taten, die überhaupt nicht getan sind, das beweist, daß die ganze Anklage auf Sand gebaut ist, daß es sich um einen Teufelsprozeß handelt. Man wirft mir nicht nur vor, daß ich kommunistisch bin, sondern ich behaupte hierher, daß ich der Führer des linken Flügels bin.“

Man beachtenswert, den linken Flügel der Partei zu ruinieren, obwohl es heute, abgesehen von Nuancen, nur eine einheitliche SPD gibt. Genosse Maslow analysiert hierauf die Situation im Jahre 1923 bis zum August, den imperialistischen Raubzug nach dem Ruhrgebiet, die von dem englischen Polizeikommando in Berlin veranlaßte Polizei des deutschen passiven Widerstandes, die Inflation. Jeder Mensch mußte sich sagen, daß es so nicht weitergehen konnte. Wir haben da eine revolutionäre Situation vor uns, das heißt es mußte entweder die unterdrückte, ausgebeutete Mehrheit der Bevölkerung zur Macht kommen, oder die herrschende Klasse, die ins Ruinen kam, mußte die unterdrückte Klasse noch tiefer hinabsinken, damit man auf dem Rücken dieser am Boden liegenden Klasse die alte Herrschaft neu stabilisieren konnte.

Wir Kommunisten haben nun bestimmte Grundsätze und Ziele. Das Ziel der SPD ist nicht wie die Anklage behauptet, der demagogische Zustand, die Gewaltanwendung. Das Ziel der SPD ist die klassenlose Gesellschaft, die Beseitigung des Eigentums an den Produktionsmitteln. Genosse Maslow legt hierauf unter Berufung auf Marx, Engels, Lenin das lebendige Beispiel Sowjetrußlands, das Zeugnis der jurid-

kehrenden Arbeiterdelegationen aller Länder, die kommunistische Staatstheorie, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats dar und weist nach, daß die bürgerliche Demokratie darin besteht, daß man alles schreiben kann, was man will, so weit es der herrschenden Klasse nicht schadet.

Die Freiheit aber, alles schreiben zu können, mit Ausnahme dessen, was der herrschenden Klasse nicht paßt, ist Diktatur und nicht Demokratie.

Wenn diese Anschauungen, die Beseitigung der Unterdrückung der Arbeiterschaft, Vorbereitung zum Hochverrat ist, dann können wir den Prozeß abbrechen, sie können sich zurückziehen und uns verurteilen. Ich erkläre, daß

es immer die geschichtliche Pflicht der SPD ist, die Diktatur des Proletariats zu errichten, wenn eine objektive revolutionäre Lage ist.

1923 war eine revolutionäre Situation. Ich sage es offen, daß leider die SPD, damals unfähig war, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Diese Pflicht konnte die SPD, 1923 nicht erfüllen, weil sie in zwei Flügel gespalten war, weil wir Differenzen über die Rolle des Staates, über die Rolle der Partei, über die Parteiführungspläne und aus dieser Zeit nicht nachgewiesen werden, in einer Situation, die keinen revolutionären Charakter hat, mit vorzuerwerfen, ich lehnte darin die historische Verantwortung ab.

Darauf wird mit Rücksicht auf eingetretene Veränderungen Genosse Maslow inzwischen die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Alle drei Angeklagten erklären sich ausdrücklich mit Maslows Ausführungen. Schumacher, der mehr Mitglied der Partei ist, erklärt, daß er sich selbst nicht als Mitglied bekenne, die Differenzen mit der Partei seien von Natur.

Maslow äußert sich dann zu den drei Punkten der Anklage. Er nimmt zunächst an der intrinsischen Natur der geschriebenen Broschüre „Die Lehren der russischen Revolution“, Stellung. Seite für Seite sind die Manuskripten der Zeitschrift des Untersuchungsrichters Wort für Wort abgeschrieben worden, beachtet und zu den Akten genommen. Es wurden zwei andere geschrieben, die die Zeitschrift wiederholen. Das Buch wird gebroscht, Wochen nach seinem Erscheinen wird das Buch vom selben Untersuchungsrichter wegen unrichtigen Inhalts beschlagnahmt und eine Kopie für die Anklage gemacht. Dabei findet sich in der Anklage als handschriftlich ein Zitat, das in dem Buch überhaupt nicht enthalten ist. Im gewöhnlichen Leben bezeichnet man das als Anklage. Dieser letzte Umstand beweist, daß die ganze Anklage ein Verbrechen war, mit der man seine Torte baden kann, so daß man während der Untersuchung sich abmühen mußte, Material für die Grundlage des Prozeßes herbeizuschaffen.

Zum Cuno-Streit erklärt Genosse Maslow, daß er seines Erachtens unter die Annette falle. Aber abgesehen davon kann keine Rede davon sein, daß dieser Streit zum revolutionären Zustand führen sollte. Ein Nachweis, wenn man so will, wo der Zustand ständigen sollte, was für konkrete Anhaltspunkte dafür vorhanden waren, ist vom Reichsanwalt in der Anklage nicht angeführt. In der Anklage steht vom Ungehorsam der Massen, der sich entlockt. Man muß aber in die Anklage nicht hineinschreiben, was man betreiben will, nämlich daß die Massen es waren, die „Hört mit Cuno!“ riefen. Wie die Kommunisten waren es, die den Streit veranlaßten, sondern die Cuno-Regierung selbst war es, die durch ihr verwerfliches Treiben die Lage der Massen untragbar gemacht hat. Die Kommunisten hätten sich lediglich, wie ich betonen muß, an die Bewegung an. Sie stellten Forderungen, wie Arbeiter und Bauernregierung, Arbeitslohn, politische Annette, wie eine Tagesforderung, die mit Umsturz und Hochverrat nicht zu tun haben. Im Gegenteil folgte die Partei dafür, daß der Streit auf drei Tage befristet wurde, weil die Situation durch die politischen Antriebe der Massen so war, daß das Proletariat eine blutige Niederschlag erlitten hätte, wenn die Partei in den Waffen aufgerufen hätte. Wie schwach die ganze Anklage ist, weist Genosse Maslow dann noch im einzelnen auf die Stillhaltung der Anklageschrift nach. Im Stimmungsbericht behauptet der Reichsanwalt in der politischen Einleitung der Anklage, daß die Berliner Organisation die Märzaktion veranlaßt habe, daß eine kommunistische Betriebsrätebewegung, die „Kampf“ und „Aktion“ sind die unterstrichen, was Genosse Maslow wichtig bemerkt, daß wenn es noch dem Reichsanwalt ginge, nur noch das Wort Reaktion im Verilog stehen würde.

### Die zwei Seelen des „Dresdner Anzeiger“

Die Rückkehr der Delegationen aus Rußland wurde von den breiten Massen der Arbeiter, die über die tatsächlichen Verhältnisse aufgeklärt werden wollten, rühmlich begrüßt. Die Sozialdemokraten und Kapitalisten haben der Rückkehr der Delegationen mit Unbehagen entgegen. Der „Dresdner Anzeiger“ beschäftigt sich nun in einem Artikel vom 3. September mit den Arbeiterdelegationen. Ein „Moskauer Berichterstatter“ des Anzeigers bemüht sich, objektiv über die Delegationen zu urteilen. Dieser „Moskauer Berichterstatter“ teilt mit, daß man die Rußland-Delegation und ihren Bericht nicht zu fürchten brauche, da die Delegation neben einer Menge Gutem auch viel Schlechtes in Rußland gesehen. Sie werde die Wahrheit sagen. Die vorgenommenen Entlassungen von Mitgliedern der Delegation seien eine Unklugheit. Man habe die Delegation nicht beeinflussen können. Der Berichterstatter schließt dann damit, daß er hoffe, das Auftreten der Delegation in Deutschland werde nicht das Heer der Kommunisten anschwellen lassen, wohl aber die Wege zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Völker ebnen. Die Absicht, die hier ausgesprochen ist, wird von uns und der gesamten Arbeiterschaft, soweit es sich um die Forderung der Orientierung handelt, begrüßt werden. Jedoch werden wir, es entschieden abweisen, sich für die Zwecke der deutschen Kapitalisten gebrauchen zu lassen.

An den Artikel des Berichterstatters hängt dann auch die Redaktion sofort noch ein Stück an. Sie schreibt, daß sie die gaiton sicherlich der kommunistischen Propaganda dienen solle. Dann heißt es ganz selbstverständlich wieder, daß die Arbeiter in solch kurzer Zeit das Land nicht studieren könnten. Die Arbeiter sind eben dumm nach der Auffassung des Anzeigers.

Die Arbeiterdelegationen werden sich weder durch die Schmeicheleien des Moskauer Berichterstatters, noch durch die Andeutungen der Redaktion des Dresdner Anzeigers davon abhalten lassen, die Wahrheit über Rußland zu verbreiten und dabei zeigen, daß in Rußland trotz aller Mängel die Arbeiter herrschen.

### An alle Ortsgruppen Ostfachsens

Genossen und Genossinnen!  
Vaut Arbeitsplan der SPD findet in der Woche vom 12. September eine Genossenschaftswochensitzung statt. Diese Genossenschaftswochensitzung muß in allen Ortsgruppen durchgeführt werden. Im Arbeitsplan sind schon die einzelnen, bestimmt zu erledigenden Arbeiten ausgezeichnet, wir wollen sie trotzdem hier nochmals wiederholen.

1. In allen Ortsgruppen muß genau festgelegt werden, wer Mitglied der Konsumgenossenschaft ist. (Soweit unsere Genossenschaft Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind, müssen die Gründe hierfür ermittelt und mit berichtet werden.)

2. In allen Mitgliederberatungen ist die Genossenschaftsfrage zu behandeln. Referenten hierzu sind bei der Bezirksleitung anzufordern.

Sofort nach Abschluß der Genossenschaftswochensitzung Bericht an die Bezirksleitung gegeben werden, und zwar folgende Fragen:

- a) Wieviel Mitglieder hat die Ortsgruppe?
- b) Wieviel davon sind im Konsumverein?
- c) Wieviel nicht und warum?
- d) Wie heißt der zuständige Verein und wieviel Mitglieder?
- e) Sind Angestellte der Genossenschaft Parteimitglieder? (Wenn ja, Name und Adresse anzugeben.)
- f) Sind Genossen von uns im Ausschussrat? (Ebenfalls Name und Adresse.)
- g) Sind Genossen von uns im Vorstand?

Genossen und Genossinnen! Obwohl die Wünsche der Bezirksleitung sehr umfangreich sind, unterzieht euch dieser Aufgabe. Beantwortet ausgiebig alle Fragen, denn nur dadurch ist eine gute Bearbeitung der Frage möglich.

Bezirksleitung Ostfachsens, Ostfachsensgenossenschaft.